

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen für die Postzeitung entgegen. — Aufschlag monatlich. Preis pro Stück 20 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen für die Postzeitung entgegen. — Aufschlag monatlich. Preis pro Stück 20 Pf.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 168

Donnerstag, den 22. Juli 1926

21. Jahrgang

Kabinetts Herriot und der neue Frankensturz Maßnahmen der Industriellen — De Monzie tritt zurück.

Paris, 20. Juli. Der Vorstand der Pariser Industriellen hat angeordnet, daß bis auf weiteres die Aktien der Eisenwerke der Saar nicht an der Börse gehandelt werden dürfen, weil der plötzliche Sturz des Frankens durch die gegenwärtige, wenn auch schwierige Lage nicht gerechtfertigt sei.

Die „Information“ berichtet, sollen einige Geschäftskäufer, die Waren verkaufen, beabsichtigen, ihre Geschäfte im Hochsommer auf mehrere Wochen zu schließen, da der schwankende Frankenkurs es ihnen nicht ermöglicht, ihre Waren ohne Verlust zu verkaufen.

Die vereinigten Seidenfabrikanten von Lyon haben an die Präsidenten von Kammer und Senat die dringende Forderung gerichtet, in Anbetracht der immer schwieriger werdenden Lage für ihren Industriezweig 1. an alle Kreise der Nation sich zu wenden, um die Währungsstabilisierung und vor allen Dingen eine von allen Parteien unterstützte finanzielle Politik durchzuführen, 2. den Plan der Sachverständigen, der allein die Voraussetzung einer brauchbaren Währungsstabilisierung enthält, sofort reiflos in die Tat umzusetzen.

Ablehnung des Kabinetts Herriot.

Paris, 20. Juli. Wie Habas aus den Wandelgängen der Kammer berichtet, ist abgesehen von der Opposition der republikanisch-demokratischen Vereinigung und der republikanisch-demokratischen Linken, die Stimmung in den Fraktionen nicht so wohlwollend, wie es gegenüber dem ersten Kabinetts Herriot der Fall gewesen ist. Habas zufolge scheint es dem Ministerpräsidenten, obwohl er einige Abgeordnete der Mittelparteien als Mitarbeiter berufen hat, nicht gelungen zu sein, diese Gruppen vollständig für seine Politik zu gewinnen und aus einigen Mittellagen über die heutigen Versammlungen der Radikalen scheint hervorzugehen, daß sehr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen sind.

Im „Temps“ wird das Ministerium Herriot als ein Übergangsinstitut aufgefaßt. In dem Augenblick, als das öffentliche Interesse ein Ministerium der nationalen Einheit forderte, hat Herriot, so heißt es in dem Blatt, ein Ministerium kartellistischer Interessen gebildet. Im „Journal des Debats“ wird ausgeführt: Die ganze Nation wird mit Erschauern, Beunruhigung und Empörung vernehmen, daß in einem so ernsten Augenblick, alles, was man hat hervorbringen können, ein Ministerium Herriot ist, das ganz und gar das Gegenteil von dem darstellt, was der gesunde Menschenverstand erhofft. Im „Intransigeant“ wird erklärt, daß das Experiment Herriot nicht größere Aussichten bietet, als die vorhergehenden. Das öffentliche Wohl beruht nur auf dem Einvernehmen des ganzen Volkes. Im

„Paris Soir“ steht: Wir haben ein Ministerium; ob wir eine Regierung haben, müssen erst seine Handlungen beweisen. Im Übrigen ist unter den gegebenen Umständen hinsichtlich der Durchführung der Finanzsanierung die Hauptsache, daß man rasch handelt. Der Finanzminister de Monzie besitzt eine große Geschmeidigkeit und eine seltene Anpassungsfähigkeit. Es ist zu hoffen, daß, wenn er sich für ein Programm entschieden hat, er darauf bestehen wird, was immer auch kommen möge.

Kabinettsrat in Paris.

Paris, 20. Juli. In dem heute abend abgehaltenen Kabinettsrat wurde beschlossen, bereits morgen, Mittwoch nachmittag, fünf Uhr die Regierungserklärung vor dem Parlament zu verlesen und der Kammer unmittelbar darauf die neuen Finanzgesetze zu unterbreiten. Ein neuer Kabinettsrat wird morgen nachmittag 3 Uhr und ein Ministerrat morgen nachmittag 4.30 Uhr im Elysee stattfinden.

Der heute abgehaltene Kabinettsrat hat zu keinem Ergebnis geführt. Die Sitzung mußte nach vierstündiger Beratung unterbrochen werden, weil es zwischen einzelnen Kabinettsmitgliedern schwere Auftritte gegeben hat.

Die Pariser Abendpresse verkündet in Sonderausgaben die sensationelle Nachricht, daß de Monzie wegen der Widerstände, die sich gegen sein Finanzprogramm ergaben, seinen Rücktritt aus dem Kabinettsrat erklärt und erst nach längerem Zureden Herriots von diesem Entschluß wieder abzubringen war.

Die Lage ist äußerst gespannt. Es ist möglich, daß der Finanzminister morgen vormittag seine Demission offiziell doch überreichen wird. In diesem Falle würde sich das Kabinettsrat Donnerstag nicht dem Parlament vorstellen. Im Laufe der Kabinettsratung wurde auch über die weitere Verwendung des Restbetrages der Worgananleihe beraten. Der Betrag soll zur Auszahlung der Beamtengehälterzulagen benutzt werden. Schließlich sei vereinbart worden, daß die Veröffentlichung des Wochenausweises der Bank von Frankreich am Donnerstag unterbleiben soll.

Die französischen Radikalen verlangen Zusammenbruch der Parteiliste.

Paris, 20. Juli. Wie in parlamentarischen Kreisen bekannt wird, hat eine Anzahl von Mitgliedern des Exekutivkomitees der Radikalen Partei an den Parteivorsitzenden Herriot die Aufforderung gerichtet, umgehend eine Vollversammlung des Exekutivkomitees der Partei einzuberufen, um alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der wichtigsten Differenzen der Partei zu treffen.

Französische Manöver in der Pfalz.

Berlin, 20. Juli. Wie die „Bezer“ aus Ludwigshafen meldet, werden in der Pfalz im September große französische Manöver stattfinden, an denen die 41. und 57. französische Division unter Leitung des Generals Dorgès beteiligt sind. Die 41. Division und die Mainzer Luftbrigade werden ebenfalls an den Manövern teilnehmen.

Wegen Beleidigung der badischen Staatsregierung verurteilt.

Karlsruhe, 20. Juli. Das Schwurgericht verurteilte heute gegen den Kaufmann Walter Weiß, Leiter der Stahlhelmorganisation Baden, und den Redakteur Wilhelm Roth aus Karlsruhe, die der schweren öffentlichen Beleidigung der badischen Staatsregierung begangen durch einen im Februar d. J. in der „Badischen Zeitung“ erschienenen Artikel „Nachträge zur Reichsgründungsfeier“, beschuldigt waren. Das Schwurgericht verurteilte Weiß zu fünf und Roth zu zwei Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens sowie zur Veröffentlichung des Urteils in der „Karlsruher Zeitung“ und in der „Badischen Zeitung“.

Funkenverbindung Deutschland—Brasilien.

Berlin, 21. Juli. Zwischen der Großfunkstation Rio de Janeiro, die vor kurzem fertiggestellt wurde, und Rauen findet zurzeit ein Probefahrt statt, der so günstige Ergebnisse ergibt hat, daß die Transradio A.-G. für drahtlosen Ueberseeverkehr die unmittelbare Funkenverbindung Deutschland—Brasilien vorläufig Ende des Monats für den allgemeinen öffentlichen Verkehr in Betrieb nehmen wird.

Wichtige Fragen der Wirtschaft.

Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller beschäftigte sich in der vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung nach Genehmigung des Geschäftsberichts und nach Aufnahme neuer Mitglieder mit handels- und wirtschaftspolitischen Fragen von besonderer aktueller Bedeutung. Als eine solche betrachtet er die Frage der Behebung der gegenwärtigen schweren landwirtschaftlichen Krise. Auch in industriellen Kreisen verfolgt man schon seit langem mit Besorgnis die Entwicklung der Agrarkrise, die von nachteiligsten Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft begleitet ist. Die Ursachen dieser Krise und ihre besonderen Wirkungen auf die Industrie wurden von den Mitgliedern des Gesamtvorstandes im einzelnen dargelegt und in ihrer Bedeutung für die verschiedenen Gebiete unserer Wirtschaft und Sozialpolitik eingehend gewürdigt. An der baldigen Wiederherstellung des in der Landwirtschaft liegenden bedeutenden industriellen Absatzmarktes durch Beilegung ihrer gegenwärtigen Notlage hat nicht nur die Industrie, sondern die gesamte Volkswirtschaft ein starkes Interesse, weshalb nach Ansicht des Gesamtvorstandes darauf geachtet werden muß, daß die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen in wechselseitiger Fühlungnahme unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft erfolgen muß.

Weiter erfolgte eine eingehende Aussprache über die handelspolitische Lage Deutschlands. Im Mittelpunkt derselben stand ein Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Dejeune-Jung über „Handelspolitische Fragen“. In ausführlichen Darlegungen schilderte der Redner die großen Gefahren, die für Mitteleuropa, insbesondere für Deutschland, daraus erwachsen, daß fast alle Industriestaaten der Welt, insbesondere aber die für Deutschlands Export auch jetzt noch so wichtigen Staaten Europas, ihre Zölle mit kurzen Unterbrechungen erhöhen oder neue Schutzzölle einführen. Der auf diese Weise eintretenden Behinderung des Weltverkehrs glaubt der Referent damit entgegenzutreten zu können, daß gemäß den von dem ehemaligen Wirtschaftsminister Reubaus formulierten Vorschlägen sich die an einem Zollabbau interessierten Länder zu Konventionen zusammenschließen und denjenigen Staaten, die durch Hochzölle ihren eigenen Markt gegenüber Welthandelsbörsen abschließen und dadurch ihren Export haben, mit Sonderzöllen entgegenzutreten.

Der Gesamtvorstand war mit dem Vortragenden darin einig, daß unter allen Umständen Mittel gesucht werden müssen, um die zunehmende Verschärfung des Auslands gegen den deutschen Export zu verhindern oder zu mildern und zu überlegen, wie mindestens der frühere Zustand weitgehender handelspolitischer Zusammenarbeit zwischen den am Weltverkehr beteiligten Ländern wiederhergestellt werden kann.

In der eingehenden Erörterung wurden hinsichtlich der praktischen Durchführbarkeit der Reubauschen Gedankengänge manche Bedenken geltend gemacht. Doch hielt der Gesamtvorstand eine eingehende Prüfung der sich aus der Praxis ergebenden Einwendungen für notwendig, da eine wesentliche Besserung der handelspolitischen Stellung Deutschlands eine der dringlichsten Fragen der nächsten Zukunft, insbesondere auch eine wesentliche Voraussetzung für Behebung der gewaltigen Arbeitslosigkeit ist. Denn die bisher abgeschlossenen Weisbegünstigungsverträge haben noch zu keiner wesentlichen Belebung des Exportes geführt. Wesentlich kommt gerade für die sächsische Industrie hinzu, daß durch die Einführung z. B. der englischen Schutzzölle auf Handschuhe, Papier usw. trotz des bestehenden Weisbegünstigungsvertrages eine bedeutende Einengung der Ausfuhrmöglichkeiten erfolgt ist. Der Verband sächsischer Industrieller wird an der Prüfung und Durchführung jedes neuen Vorschlages, der das Ziel hat, die handelspolitische Stellung Deutschlands zu verbessern, als einer der wichtigsten Aufgaben der großen Wirtschaftsverbände tatkräftig mitarbeiten und alle Wege zu öffnen versuchen, die der sächsischen Industrie eine wirksame Mitarbeit bei der Festlegung des handelspolitischen Systems der Zukunft sichern.

Weiter lagen dem Gesamtvorstand Klagen über unzureichende Wahrnehmung der Interessen sächsischer Firmen durch einige deutsche Auslandsvertretungen vor, denen in der Aussprache noch weitere Hinzugefügt wurden. Man beschloß, wegen dieser Einzelfälle mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung zu treten. Auch über das Gebührgesetz für die Auslandsbehörden vom 1. Juli 1921 wird in Zukunft an den Verband gefordert, daß seine Bestimmungen und Tarifsätze der Festsetzung der Auslandsvertretungen für die Förderung der Exportbeschäftigung sächsischer Industriebetriebe vielfach hinderlich im Wege stehen. Der Gesamtvorstand hält eine eingehende Prüfung der Frage, inwieweit hier

Amerika gegen die Teilnahme an einer internationalen Finanzkonferenz.

New York, 20. Juli. „New York Sun“ berichtet aus Washington, die Vereinigten Staaten seien kürzlich über den Plan der Einberufung einer internationalen Konferenz, die unter amerikanischer Beteiligung stattfinden sollte, fundiert worden. Die Vereinigten Staaten hätten aber vollständig diese Anregung abgelehnt.

Der Frankensturz und die New Yorker Böse.

New York, 20. Juli. Die heutige Fondsbörse nahm offenbar unter dem Eindruck des weiteren Rückganges der französischen Währung einen überwiegend schwachen Verlauf. Der französische Franken ging zeitweise auf den Tiefstand von 2 Cent zurück. Auch am Bondsmarkt lagen die französischen Werte gedrückt, andererseits wurden ausgedehnte Kapitalkäufe in amerikanischen Effekten für französische Rechnung vorgenommen.

Erhöhung der französischen Abgeordnetenlöhne.

Das „Echo de Paris“ behauptet, daß die Diäten für Abgeordnete nicht auf 42 000, sondern auf 45 000 Franken erhöht werden sollen. Mehrere Minister hätten in den Wandelgängen der Kammer bestätigt, daß diese Erhöhung in die Willkür einbezogen sei, die Collaure zur allgemeinen Angleichung der Beamteneinkünfte an die Teuerung auszuwerfen beabsichtigt.